

GROSSER RAT

GR.18.55

VORSTOSS

Interpellation Theres Lepori, CVP, Berikon (Sprecherin), Rosmarie Groux, SP, Berikon, und Gabriel Lüthy, FDP, Widen, vom 6. März 2018 betreffend Aufsicht und Folgen für die öffentliche Hand betreffend Ärztezentrum Mutschellen AG

Text und Begründung:

Nach einer Reihe von erheblichen Übertretungen und Missachtung u. a. gesetzlicher Vorgaben wurde dem Arzt Ingo Malm 2014 die Berufsausübungsbewilligung im Kanton Aargau entzogen. Bekannt war damals auch, dass er einen grossen Schuldenberg hinterlassen hatte. In der Folge musste er die erwähnte Gemeinschaftspraxis schliessen. Die Gesamtheit der Verfehlungen hat 2014 auch das Bundesgericht dazu bewogen, das gesprochene Urteil des Aargauer Gerichtes zu stützen. Doch schon im Herbst desselben Jahres eröffnete der Arzt erneut ein Ärztezentrum, diesmal als Aktiengesellschaft in Berikon, welcher er als VR-Präsident vorstand und diese leitete. Den Praxisumbau und -aufbau startete er ungeachtet der noch ausstehenden Baubewilligung etc., auch diese Geschichte ist bekannt. Nun entstanden in kurzer Zeit erneut hohe Schuldenberge, welche auch Gelder der öffentlichen Hand betreffen. Hinweise von Mitgliedern des Gemeinderates Berikon an den Kantonsarzt betreffend Verdacht auf erneute Übertretungen und Missachtung der Auflagen durch Herrn M. bewirkten keine Konsequenzen.

In Ergänzung zu den Fragen der FP 18.11 bitten wir daher den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum schritt der Kanton nicht früher ins Geschehen ein, hatte der Kantonsarzt doch verschiedentlich Hinweise durch Vertreter der örtlichen Behörde auf Ungereimtheiten.
2. Wie geschieht die Aufsicht grundsätzlich?
3. Wie geschieht die Aufsicht in einem Fall mit einer langen und einschneidenden Vorgeschichte und den daraus resultierenden Folgen, dies u. a. zum Schutz von Angestellten, Patienten und der öffentlichen Hand im Besonderen?
4. Wie hoch war das Defizit bzw. der Schuldenberg aus der Arzt-Praxis bis 2014? Welche Lösung wurde vereinbart?
5. Wie hoch sind die finanziellen Folgen von 2014 bis 2018 für die öffentliche Hand bzw. den Steuerzahler auf Gemeinde- und Kantonebene?

Mitunterzeichnet von 27 Ratsmitgliedern